

Stand: 29.04.2024 13:19:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/10729

"Klimaideologie stoppen IV - Für eine Trendwende in der Klimapolitik"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/10729 vom 20.10.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/12433 des UV vom 26.11.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 87 vom 06.07.2021
4. Beschluss des Plenums 18/17382 vom 20.07.2021
5. Plenarprotokoll Nr. 88 vom 20.07.2021



## Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Christian Klingen, Gerd Mannes, Ulrich Singer, Andreas Winhart, Martin Böhm** und **Fraktion (AfD)**

### **Klimaideologie stoppen IV – Für eine Trendwende in der Klimapolitik**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für einen Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen einzusetzen und nach dem Ausstieg die Rückabwicklung des EU-Emissionsrechtehandels zu veranlassen.

#### **Begründung:**

Die Pariser Klimavereinbarung, die als unverbindliche Absichtserklärung ohne Sanktionen eine Verschiebung von Geldmitteln der hochindustrialisierten Länder hin zu unterentwickelten Ländern vorsieht, setzt einen Umverteilungsmechanismus in Gang, der gerade in Krisenzeiten nicht hinnehmbar ist. Die Grundlage für eine krisenfeste Wirtschaftsunion muss solidarisch geregelt werden und darf nicht zulasten Einzelner gehen. Der Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten ist einzustellen, denn er bewirkt nur einen weiteren Anstieg der Energiepreise, welche einen hochindustrialisierten Staat wie Deutschland mit besonderer Härte treffen.

Mit Verabschiedung des Kyoto-Protokolls und der anschließenden Vereinbarung des Pariser Klimaabkommens begann eine beispiellose Überbürokratisierung und eine Serie starker politischer Eingriffe in die Wirtschaft. Insbesondere die bayerische Wirtschaft als Hochindustrieökonomie wird hierdurch im Vergleich zu anderen Regionen der EU überverhältnismäßig stark betroffen.

Gerade in Zeiten einer sich anbahnenden beispiellosen Wirtschaftsdepression, die durch die Coronakrise eingeleitet wurde, stellt ideologischer Klimaschutz eine unzumutbare zusätzliche Belastung für die heimische Wirtschaft dar. Besonders problematisch ist hierbei, dass die Krise durch eine seit Jahren fehlgeleitete EU-Politik in ihren Folgen noch viel schärfer zu Tage tritt, als das mit einer von der Politik flankierten robusten Wirtschafts-, Energie-, und Finanzpolitik der Fall gewesen wäre.

Um diesen drastischen Einbrüchen spürbar entgegenzuwirken, die Wirtschaft zu stabilisieren, Arbeitsplätze zu sichern und die Ökonomie langfristig wieder auf Wachstumskurs zu bringen, ist ein grundsätzliches Umdenken im Bereich Klimapolitik notwendig. Eine klimaneutrale Transformation der gesamten Wirtschaft ist utopisch und derzeit technisch nicht möglich. Die Maßnahmen, die hierzu eingeleitet wurden, bestrafen die heimische Wirtschaft massiv. Ein gesunder Föderalismus bildet die Grundlage hierfür. Entscheidungskompetenzen müssen wieder auf nationale Ebene transferiert werden, damit die von der Coronakrise betroffenen Mitgliedsstaaten eigene, von der EU unabhängige Entscheidungen zur Stärkung ihrer Wirtschaftskraft treffen können.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz**

**Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Christian Klingen  
u.a. und Fraktion (AfD)  
Drs. 18/10729**

**Klimaideologie stoppen IV - Für eine Trendwende in der Klimapolitik**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Prof. Dr. Ingo Hahn**  
Mitberichterstatter: **Eric Beißwenger**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 26. November 2020 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Ablehnung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Zustimmung
  - SPD: Ablehnung
  - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

**Rosi Steinberger**  
Vorsitzende

auch immer sehr spät und auch oft unnötig spät. Übrigens steht es im Fußballspiel 1 : 1, und ich verspreche Ihnen, dass Sie zur Verlängerung zu Hause sein werden.

Der vorliegende Antrag der AfD-Fraktion richtet sich gegen Photovoltaik. Heute Nachmittag hatten wir schon Ihre Einlassung gegen Windkraft gehört. Ich weiß auch nicht, wie Sie ohne alternative Energien in Bayern irgendwo etwas Autarkie schaffen wollen. Ich verstehe Ihr Konzept nicht; so geht es mir aber öfters.

Photovoltaik ist die einzige Energiequelle, die in Bayern tatsächlich an der Grenze zur Wirtschaftlichkeit steht. Gerade sie sollten wir fördern und dort unterstützen, wo es Sinn macht. Es gibt die Möglichkeit von Power Purchase Agreements zwischen Abnehmer und Erzeuger. Das sind privatrechtliche Verträge. Das ist ein wunderbares Mittel, das wir in Zukunft stärker nutzen sollten. Solange der Naturschutz berücksichtigt wird und vor allem die Etablierung dieser Power Purchase Agreements in greifbare Nähe rückt, stellen wir uns nicht per se gegen diese Art der Energiegewinnung. Wir werden Ihren Antrag natürlich ablehnen.

(Beifall)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Skutella. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist ausschließlich die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind alle übrigen Fraktionen einschließlich des fraktionslosen Abgeordneten Plenik. Damit gibt es auch keine Stimmenthaltungen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Antrag ist abgelehnt.

Wir werden so verfahren wie vorgeschlagen und kommen zum Sitzungsende. Der Tagesordnungspunkt 14 wird auf eine der folgenden Plenarsitzungen verschoben.

Es gibt nur eine Steigerung des letzten Wortes, Herr Skutella: Das ist das Schlusswort. Dieses behalte ich mir als Präsident vor. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend.

Damit Sie noch etwas zum Schmunzeln haben: Einer meiner Vorgänger hat sich hier einmal einen wunderschönen Versprecher geleistet. Er hat am Ende der Sitzung gesagt: Ich sitze die Schließung. Ich mache es umgekehrt: Ich schließe die Sitzung. Alles Gute! Kommen Sie gut heim!

(Allgemeiner Beifall – Schluss: 22:49 Uhr)



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Christian Kligen, Gerd Mannes, Ulrich Singer, Andreas Winhart, Martin Böhm und Fraktion (AfD)**

Drs. 18/10729, 18/12433

**Klimaideologie stoppen IV – Für eine Trendwende in der Klimapolitik**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Thomas Gehring**

II. Vizepräsident

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Christian Kligen

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Patrick Friedl

Abg. Benno Zierer

Abg. Ruth Müller

Abg. Christoph Skutella

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

**Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Christian Klingen u.**

**a. und Fraktion (AfD)**

**Klimaideologie stoppen IV - Für eine Trendwende in der Klimapolitik**

**(Drs. 18/10729)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist der Abgeordnete Christian Klingen für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Christian Klingen (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Inuit, ein indigenes Volk, das in der kanadischen Arktis, auf Grönland, in Sibirien und in Alaska lebt und einen großen Teil des Jahres in völliger Finsternis verbringt, hat seinen jahrtausendelangen Überlebenskampf dadurch gemeistert, dass es sich auf die Beobachtung der Natur und Gestirne konzentriert hat; ein erkennbares Erfolgsmodell.

Bereits 2014 schlug dort ein Ältestenrat – ähnlich wie bei uns – dieses Volkes Alarm und informierte die US-Raumfahrtbehörde NASA darüber, dass sich offenbar die Erdachse verschoben haben müsse. Dies sei die schlüssigste Antwort auf verschiedenste Veränderungen, die die Inuit in ihrer Umwelt bemerkt hätten. So hätten sich der Lauf der Sonne, ihre Aufgangs- und Untergangspunkte, die Stellung der Sterne und die Winde leicht, aber spürbar verschoben. Eine Ursache für die Verschiebung der Erdachse kann nach wissenschaftlichen Studien in Naturkatastrophen gesehen werden. Nach NASA-Berechnungen hat beispielsweise ein starkes Erdbeben vor der Küste Chiles eine Verschiebung der Erdachse bewirkt. Geophysiker der NASA berichten,

dass die Erde seither eine etwas schiefere Position hat. Zudem hat das Beben der Erde einen Drall verpasst; sie dreht sich seitdem etwas schneller.

Meine Damen und Herren, dass unser Antrag für Aufregung und Empörung sorgen würde, war abzusehen, haben wir doch gewissermaßen gegen ein ungeschriebenes Gesetz der Klimawandelfanatiker verstoßen: Wir stellen eine Religion in Frage. Deshalb möchte ich mich auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse stützen. Dass unsere Erde nicht mehr ganz rund läuft, haben nämlich auch Geophysiker des Jet Propulsion Laboratory der NASA im kalifornischen Pasadena in einer Studie nachgewiesen. Ihre Daten gewannen die Forscher mithilfe der NASA Erderkundungsmission GRACE, deren zwei Satelliten unseren Planeten in rund 300 Kilometer Höhe umkreisen und monatliche Veränderungen messen.

Sie wollen also diese Entwicklung stoppen oder gar umkehren, indem Sie die Steuern erhöhen.

(Unruhe)

Wir können es nur immer wieder sagen: Der in dem Klimaabkommen propagierte Klimaschutz ist ideologischer Wahn und die typische Wohlfühlpolitik eines links-grünbunten Mainstreams. Wer mitmacht, kann sich auf der richtigen Seite der Moral und damit allen anderen Menschen überlegen fühlen. Doch der sogenannte Klimaschutz schützt nicht die Umwelt, sondern ist vor allem ein Kostentreiber, wie wir in unserem Antrag bereits ausführten.

Die Pariser Klimavereinbarung ist eigentlich eine unverbindliche Absichtserklärung ohne Sanktionen. Das bedeutet de facto eine Verschiebung von Geldmitteln der hochindustrialisierten Staaten hin zu unterentwickelten Ländern. Damit wird ein gigantischer Umverteilungsmechanismus in Gang gesetzt, der gerade in Krisenzeiten nicht hinnehmbar und auch nicht zu verkraften ist. Der Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten bewirkt einen weiteren Anstieg der ohnehin schon zu hohen Energiepreise.

(Beifall bei der AfD)

Damit wird nicht nur der Endverbraucher, sondern vor allem der Geringverdiener über Gebühr belastet. Auch die bayerische Wirtschaft als Hochindustrie und Ökonomie ist im Vergleich zu zahlreichen EU-Regionen überverhältnismäßig stark betroffen. In Zeiten einer sich anbahnenden beispiellosen Wirtschaftsdepression, die durch die Corona-Krise und den aus unserer Sicht unverhältnismäßigen Restriktionen eingeleitet wurde, brauchen wir genau das Gegenteil; nämlich Maßnahmen, die die Wirtschaft stabilisieren, Arbeitsplätze sichern und die Ökonomie langfristig wieder auf Wachstumskurs bringen.

Eine Klimapolitik, die bayerische Unternehmen zu klimaneutraler Transformation zwingt, ist daher kontraproduktiv. Wie die Boston Consulting Group und Prognos im Jahr 2018 im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Industrie untersucht haben, würden sich die Kosten für eine treibhausgasarme Industrie auf 230 Milliarden Euro belaufen. Davon würden allein 110 Milliarden Euro auf den Aufbau einer umfangreichen Infrastruktur –

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Christian Klingen (AfD):** – an Kohlenstoffspeicherung entfallen. Diese Dimensionen sind von unserer ohnehin bereits durch umfangreiche Steuern geplagten Wirtschaft und Steuerzahlern nicht zu stemmen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Eric Beißwenger für die CSU-Fraktion. Herr Kollege Beißwenger, Sie haben das Wort.

**Eric Beißwenger (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern bekennt sich – und das will ich in die-

ser Deutlichkeit sagen – ausdrücklich zum Pariser Klimaschutzabkommen. Die im AfD-Antrag vorgebrachte Haltung widerspricht unseren Grundüberzeugungen und auch unseren Zielsetzungen. Bayern unterstützt insbesondere gerade marktkonforme Instrumente wie zum Beispiel einen Emissionshandel, die auf eine Bepreisung von CO<sub>2</sub>-Emissionen setzen, da sie als gleichermaßen ökonomisch effizient und ökologisch effektiv gelten. Sie bieten der Wirtschaft eine Chance, wirtschaftlichen Erfolg und Klimaschutz gewinnbringend miteinander zu kombinieren. Eine stärkere klimapolitische Ausrichtung der deutschen Wirtschaft ist als Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit und auch zum Ausbau der Vorreiterrolle der deutschen und bayerischen Wirtschaft zu werten.

Wir verbinden also moderne Wirtschaftspolitik mit moderner Klimaschutzpolitik. Für uns gehören Ökologie und Ökonomie eng zusammen. Eine gesunde Umwelt und der schonende Umgang mit den natürlichen Ressourcen sind genau die Voraussetzungen für eine langfristige, stabile, wirtschaftliche und auch soziale Entwicklung.

Nur mit innovativer Umwelttechnologie und auch Ressourceneffizienz kann es gelingen, unsere Wirtschaft umfassend fortzuentwickeln und auch den Klimaschutz voranzutreiben. Basis für unseren Wirtschaftsstandort sind weiterhin attraktive und auch global wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Unternehmen wie unter anderem eine bezahlbare, sichere und auch umweltverträgliche Energieversorgung.

Unsere Unternehmer sehen das offensichtlich ähnlich. Ich habe heute erst gehört, dass die bayerischen Unternehmer im bundesdeutschen Vergleich in Sachen Photovoltaik vor dem Saarland und vor Rheinland-Pfalz den Spitzenplatz einnehmen. Insofern wird Umweltbewusstsein sehr wohl mit dem Wirtschaftlichen kombiniert.

So wollen auch wir durch unterschiedliche Maßnahmen besser, schneller, weiter und zukunftssicherer vorankommen. Wir müssen dabei aber immer auch daran denken, dass Schutz des Klimas schließlich ein fortwährender Prozess ist. Forschung und Innovation sind hier der Schlüssel zum Erfolg. Es wäre kontraproduktiv, wegen Corona

klimapolitische Grundüberzeugungen über Bord zu werfen, zu alten Denkmustern zurückzukehren oder auch an alten Strukturen festzuhalten. – Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Patrick Friedl. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Patrick Friedl (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diesen gegen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, gegen internationale Vereinbarungen und gegen den Klimaschutz gerichteten Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Kollege Benno Zierer. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Benno Zierer (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Jetzt bekommt der Satz "Gott beschütze unser Bayernland" wieder einen ganz neuen Sinn.

Für eine solche Politik und für solche Aussagen muss man sich fast schämen. Es ist schlimm für dieses Haus, wenn solche Aussagen getroffen werden. Wenn ich zu Hause so etwas zum Besten geben würde, dann würden meine Kinder zu mir sagen: "Papa, was hast du für ein scheiß Kraut geraucht?" – Das sagt eigentlich alles.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion die Kollegin Ruth Müller. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Ruth Müller (SPD):** Ich muss zuerst einmal feststellen, dass ich Nichtraucherin bin. – Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dass die Verantwortlichen der AfD diesen Antrag nach den erschütternden Bildern der letzten Tage sowohl aus Bayern als auch aus Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen nicht zurückgezogen haben, spricht Bände über die geistige Haltung der Klimaleugner hier im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der SPD)

Im vorliegenden Antrag gibt es genau eine richtige Passage. Sie steht im vierten Absatz der Begründung. Dort heißt es in der dritten Zeile, dass "ein grundsätzliches Umdenken im Bereich Klimapolitik notwendig" ist. – Alles, was davor und danach steht, kann man getrost streichen. Nachdem die AfD das nicht selbst machen wird, lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Christoph Skutella. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Christoph Skutella (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht nur der Ausstieg aus dem Pariser Übereinkommen spricht gegen die Überzeugung von uns Liberalen, sondern Sie wollen auch das Herzstück unserer Klimapolitik, den europäischen Emissionshandel, rückabwickeln. Wir werden das – nicht überraschend – natürlich ablehnen.

Der Kampf gegen den Klimawandel ist doch keine Modeerscheinung. Das macht man doch nicht, weil es gerade fancy ist, sondern das sind harte internationale Absprachen, deren Herzstück natürlich besonders der Zertifikatehandel ist.

Herr Klingen, ein bisschen Nachhilfe für Sie: Das Geld daraus fließt in einen Klimafonds und dann auch zurück in die Mitgliedstaaten. Ich weiß nicht, was Sie vorhin erzählt haben. Das Geld wird aber nicht da landen, wo es Ihrer Meinung hinkommt.

Ich könnte Ihnen jetzt noch erzählen, was ich jedes Mal erzähle, dass der Emissionshandel das wirksamste Instrument ist. Ich könnte Ihnen erzählen, dass wir die Ziele, die wir uns für 2030 gesetzt haben, jetzt schon erreicht haben und dass wir jetzt nachsteuern müssen usw. usf. Ich stehe aber nicht zwischen Ihnen und dem Feierabend. Wir lehnen den Antrag deswegen ab.

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Dann ist dieser Antrag hiermit abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende des für heute vorgesehenen Teils der Tagesordnung. Nachdem das Parlament so diszipliniert und so schnell zugange war, rege ich an, dass die Fraktionen morgen für einen oder vielleicht zwei zusätzliche Tagesordnungspunkte ihre Redner in der Hinterhand behalten. Wir könnten morgen dann eventuell in die Lage versetzt werden, vielleicht schon die ersten Tagesordnungspunkte des Donnerstags abzuarbeiten.

Mir bleibt aber nichts anderes, als Ihnen noch einen schönen Spätnachmittag zu wünschen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend. Bis morgen!

(Schluss: 21:56 Uhr)